

Stay Home

Besuche von Gottesdiensten sind weiterhin möglich. Und so konnten sich heute Berlins Katholiken an Allerheiligen in den Kirchen treffen. Zur selben Zeit versammelten sich unsere Abgeordneten im Preußischen Landtag, ebenfalls ohne Gesang aber auch mit vielen salbungsvollen Worten.

Die Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters **Michael Müller** (SPD) lässt sich in einer Aufforderung zusammenfassen: Stay Home. Bleibt zu Hause. Das wird nicht jedem möglich sein, schon gar nicht den Beschäftigten in den Geschäften, die offen bleiben dürfen und denen Home-Office nichts nutzt. Die Restaurants bleiben geschlossen, Pizza to go ist möglich. Wer das Glück hat, in einem großen Betrieb zu arbeiten, der über eine Kantine verfügt, kann sich wenigstens auf ein zubereitetes warmes Mittagessen freuen.

Die sonntäglich Debatte wurde leidenschaftlich geführt. Eigentlich sind sich alle einig, sieht man vor allem vom rechten Rand des Hohen Hauses ab. Zweifel an den einen oder anderen Maßnahmen wurden natürlich geäußert, denn viele Punkte sind einfach nicht nachvollziehbar. Die Frage, was passiert nach dem 30. November konnte niemand beantworten.

Burkard Dregger, der Vorsitzende der CDU-Fraktion, stellte die richtigen Fragen. Die zweite Welle war vorauszusehen, warum wurde die Zeit nicht genutzt, um eine bessere Nachverfolgung der Infektionen zu gewährleisten? Die Aussage von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU), man könne 75 Prozent nicht mehr nachverfolgen, ist eine Bankrotterklärung. Das hat natürlich nicht Herr Dregger gesagt, sondern der Autor dieses Beitrages. Und wieder Dregger im Original: Die Verwaltung muss arbeitsfähig bleiben. Genau. Denn das ist ja beim ersten Lockdown nur sehr mäßig erfolgt.

Es gibt mehr offene Fragen als befriedigende Antworten. Wenn Weihnachten gefeiert werden darf, was passiert dann im Januar? Dregger hat dem Senat die Unterstützung der CDU angeboten und gleichzeitig auf ein Zehn-Punkte-Programm seiner Partei hingewiesen, das wir diesem Beitrag anfügen.

Raed Saleh lobte in seinem Redebeitrag den Regierenden Bürgermeister, der von Anfang an darauf gedrungen hat, bundeseinheitliche Regelungen aufzustellen. Die Grünen schickten erstmals in ihrer neuen Rolle als Bürgermeisterkandidatin **Bettina Jarasch** ans Rednerpult. Für den zuvor mehrfach, auch vom Regierenden Bürgermeister, kritisierten Vorgang, dass in Friedrichshain-Kreuzberg, anders als in allen

anderen Bezirken, die Bundeswehr nicht bei der Nachverfolgung von Infektionen helfen darf, hatte Jarasch gleich die richtige Antwort parat. „Kreuzberg Friedrichshain“ würde sich jetzt für „medizinische Hilfen“ an die Bundeswehr wenden.



Foto: Alex TV

Dass sie die richtige Reihenfolge des Bezirksdoppelnamens nicht nennen kann, ist nebensächlich. Was sind aber „medizinische Hilfen“?

Schlug heute nun die Stunde des Parlaments, weil es erstmals vor Inkrafttreten einer neuen Verordnung diskutieren durfte und nicht danach? Alle Vorlagen wurden in die Ausschüsse überwiesen, geändert wurde in der vierstündigen Debatte nichts. Also: Friseur Ja. Fußpflege Nein. Shopping Mall Ja, Kino Nein. Und es bleibt die Erkenntnis, „Ich weiß, dass ich nichts weiß!“ „Mit dieser Aussage behauptete Sokrates also nicht, dass er nichts wisse. Vielmehr hinterfragt er das, was man zu wissen meint.“ Aha.

Die FDP hat den Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung des Parlamentes und zum Schutz von Grundrechten im Falle von Maßnahmen nach §§ 28 - 31 Infektionsschutzgesetz, und einen „Dringlichen Antrag: „Pandemie bekämpfen - Freiheitsrechte schützen – Maß und Mitte halten“ eingebracht. Beides wurde ebenfalls in die Ausschüsse überwiesen. Fraktionschef **Sebastian Czaja** begründete die Vorlagen: „...mit dem neuen Lockdown werden ausgerechnet diejenigen bestraft, die in den vergangenen Monaten alles getan haben, um sich mit entsprechenden Hygienekonzepten auf den Corona-Winter vorzubereiten. Dagegen hat ausgerechnet der Staat, der nun erneut die Freiheitsrechte der Bürger einschränkt, seine Hausaufgaben nicht gemacht: Ob bei der Kontaktnachverfolgung oder der Umsetzung und Kontrolle bestehender Maßnahmen - der Berliner Senat hat beim Krisenmanagement auf ganzer Linie versagt. Dieses Chaos muss endlich ein Ende haben.“

Die Infektionszahlen der kommenden Wochen werden wir mit größerem Interesse verfolgen als das Wahlergebnis in den USA am 3.11. **Ed Koch**